

6./11. 1918.

6  
138

\* **Städtische Ubergangswirtschaft in Charlottenburg.**  
Die von den städtischen Körperschaften Charlottenburgs für die Demobilisierung und die Ubergangswirtschaft eingesetzte besondere Deputation unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Scholz hat zur Beratung der erforderlichen Maßnahmen eine Besprechung mit Vertretern von Industrie und Gewerbe abgehalten, in der volle Uebereinstimmung über die Aufgabe der Ubergangswirtschaft und die Notwendigkeiten einer engen Zusammenarbeit zwischen Industrie und Stadtverwaltung erzielt wurde. Für die Beratung der weiteren Maßnahmen wurde aus Vertretern aller Gewerbebezüge ein Ausschuss eingesetzt. Sämtliche Industrie- und Gewerbebezüge Charlottenburgs haben sich bereit erklärt die früher bei ihnen beschäftigten Kriegsteilnehmer wieder in ihren Betrieben aufzunehmen und gleichzeitig für eine Weiterbeschäftigung des jetzigen Arbeiterbestandes Sorge zu tragen. Die Arbeitgeber werden durch Umstellung und Schaffung von Arbeitsgelegenheit die Neueinstellung und die Weiterbeschäftigung ihrer Arbeiter sichern. Besondere Beachtung verdient die Erklärung, daß die Charlottenburger Betriebe während der Ubergangszeit im Interesse der Arbeitsbeschaffung den Gesichtspunkt des Geschäftsgewinns zurückstellen und bei Bildung von Lagerbeständen auch die Gefahr des Konjunkturverlustes tragen wollen. In bezug auf die Rohstoffbeschaffung wurde gegenüber den Reichs- und Staatsbehörden die Forderung erhoben, die laufenden Aufträge nicht plötzlich einzustellen und die Verteilung und Zuweisung der Rohmaterialien bereits vor Erledigung der Kriegsaufträge durchzuführen.